Kernenergie in Deutschland nicht subventioniert

(Auszug aus „Politische Briefe“, wie sie auf www.amrehsprung.de veröffentlicht sind)

Meine Sicht unterscheidet sich wesentlich von dem, was zumeist undifferenziert und schon deshalb falsch dargestellt wird. Einfachste Tatsache ist, dass kein deutsches Kernkraftwerk einen Staatszuschuss bei Bau oder Betrieb erhalten hat, der den produzierten Strom verbilligt hätte. Im einfachsten Sinne des Wortes gab es also **keine Subvention, auch keine steuerliche Sonderstellung**. Im Gegenteil: die aus dem Kernenergiestrom stammenden Gewinne wurden und werden wie alle anderen Gewinne auch versteuert, führen also zu Staatseinnahmen. Auch die steuerlichen Regelungen, insbesondere Rückstellungen für den späteren Abriss der Nuklearanlagen, entsprechen denen, die alle Branchen genießen; sie sorgen vernünftigerweise dafür, dass die Abrisskosten schon heute in die Kostenkalkulation eingehen.

Wie auch die Kohle-Kraftwerke zahlen die Kernkraftwerke bis heute keine Steuern auf den eingesetzten Brennstoff, wie etwa Autofahrer in Form der Mineralölsteuer bei Benzin und Diesel mit der Mineralölsteuer. Wenn jetzt eine Brennelementsteuer für die Kernkraftwerke beschlossen wurde, ist dies eine Schlechterstellung des Nuklearbetriebs aus den bekannten Gründen, einen Teil der Sonderprofite aus der beschlossenen Laufzeitverlängerung abzuschöpfen. Sollten die Kernenergie-Betreiber trotz der Nachrüstungskosten Profite erwirtschaften, so schlägt wiederum das normale Steuersystem, insbesondere die Körperschaftssteuer zu.

Weder die verschiedenen Schritte der Brennelementherstellung noch die Entsorgung werden subventioniert: erstere sind normales Geschäft des Uranbergbaus sowie der Firmen der Urananreicherung bzw. der Brennelementfertigung. Die Endlagerfrage ist schwieriger zu beurteilen, da es zwar eine gesetzliche Regelung zulasten der Kernenergie-Betreiber zur Finanzierung der Endlager, auch bereits Vorauszahlungen, aber eben noch kein tatsächlich betriebenes Endlager gibt. Obwohl Forschungsförderung grundsätzlich keine Subvention darstellt, worüber in allen Wirtschaftsbranchen Einigkeit besteht, werden zur Zeit sogar Kosten des Forschungs-Endlagers Asse als Begründung der Brennelementsteuer genannt – nicht total unberechtigt, weil der Forschungscharakter des ehemaligen Salzbergwerks wohl unangemessen weit interpretiert worden ist.

Da es wahrscheinlich noch Aufwendungen für nukleare **Endlager** geben wird, wenn die heute tätigen Unternehmen möglicherweise gar nicht mehr existieren (zumal wenn man an die über mehrere 100.000 Jahre wärmeentwickelnden hochradioaktiven Bestandteile abgebrannter Brennelemente denkt), ist hier **ein Punkt gesellschaftlicher Verantwortung** berührt, dessen Subventionsäquivalent von Kernenergiegegnern sehr viel höher angesetzt wird als von denen, die eine endgültige Endlagerung in sicheren geologischen Tiefen für erreichbar

bar halten, also keine dauerhaft erheblichen Sicherungsaufwendungen unterstellen. Diese Last ist nicht dadurch vermeidbar, dass man Kernkraftwerke schneller stilllegt, weil die zu bewältigende Aufgabe praktisch unabhängig ist von der genauen Menge der zu entsorgenden Brennelemente.

Die Langfristverantwortung des Staates für die Endlager entspricht daher der oft angeführten **Freistellung der Kernkraftwerks-Betreiber von Haftungs-vorsorge oberhalb einer Schadensgrenze**¹, die im privaten Versicherungssystem nicht versicherbar ist². Der Staat, der ja Kernenergie wollte, insbesondere die großen Volksparteien CDU/CSU und SPD, musste hier selbst als Quasi-Versicherer auftreten; als Versicherungsprämie erhielt er die volkswirtschaftlichen Gewinne billigen Stroms und dabei im engeren Sinne hohe Steuereinnahmen aus dem profitablen Betrieb der Kernkraftwerke. Man hat argumentiert, die KKW-Betreiber hätten doch gezwungen werden müssen, das Haftungsrisiko voll abzudecken; ich weiß nicht, ob das überhaupt gegangen wäre, weil die Risikocharakteristik mit sehr niedriger Schadenswahrscheinlichkeit und nicht ausschließbar riesigem Schadensumfang in der Größenordnung einer nationalen Katastrophe zu einer Kapitalakkumulation bei den Versicherern geführt hätte, die nicht vertretbar erscheint.

Mit ein bisschen Kopfrechnen: die deutschen Kernkraftwerke haben bisher überschlägig 4.000 Mrd. kWh erzeugt; ihre Wirtschaftlichkeit hätte sicher 2c pro kWh mühelos verkraftet, die Versicherer hätten also bisher eine Prämien-einzahlung von 80 Mrd.€ erhalten, denen seit Beginn der deutschen Kernenergienutzung keinerlei Ausgabe für eingetretene Schäden gegenüber stand. Der Staat hätte davon durch verminderte Gewinnsteuern grob die Hälfte selbst bezahlt.

Unter der historisch zutreffenden Prämisse, dass der deutsche Staat Kernenergie ja wollte, hat er also nur konsequent gehandelt, als er sich selbst zum Haftungs-Verantwortlichen gemacht hat.

Soweit die den heutigen Betrieb betreffenden Subventionsfragen; **wie aber steht es mit den historischen Subventionen bei der Einführung der Kernenergie in Deutschland?**

Zunächst stellen manche Mitbürger vergangene Leistungen Staates so dar, als könne man diese Gelder heute wieder bekommen, wenn man die Kernkraftwerke nur schnell genug stilllegt. Das ist natürlich ebenso Unsinn, wie eine Gegenargumentation, man müsse die Kernkraftwerke schon deshalb weiter betreiben, weil früher einmal irgendwelche staatliche Unterstützungen gewährt

¹ Die Haftung bezieht sich zunächst auf eine Summe von 2,5 Mrd. €, für die die deutschen Kernkraftwerksbetreiber gemeinsam haften, sowie die unbeschränkte Haftung des Betreibers mit seinem Gesamtvermögen.

² Wie wäre es möglich gewesen, eine nach Versicherungsgrundsätzen angemessene Prämie zu bestimmen, da es doch erfreulicherweise keine statistischen Erfahrungswerte für Wahrscheinlichkeiten und Schadenshöhen gab?

worden sind. Ökonomisch geht es natürlich heute um Grenzkosten und – nutzen der Weiterbetriebs, ökologisch und politisch um die Akzeptanz laufender Kernkraftwerke.

Nach dieser Vorbemerkung also doch ein paar Bemerkungen zur historischen Unterstützung der Kernenergie in Deutschland. Der Staat wollte wie bereits gesagt Kernenergie, die er als versorgungssichere und preiswerte Stromversorgung sah; dagegen gab es bis Mitte der 70er Jahre keinerlei nennenswerte Opposition. Das Stromsystem war zu jenen Zeiten alternativlos von der Physik der Elektrizität bestimmt, die zu Gebietsmonopolen der Versorger zwang (erst die Informations- und Kommunikationstechnik sowie die Leistungselektronik der letzten Jahrzehnte hat eine Liberalisierung ermöglicht!). Das heißt aber auch, dass es den an Kernenergie interessierten EVU, darunter Verbundunternehmen wie RWE, aber auch Stadtwerke und die Deutsche Bahn, möglich war, den industriellen Herstellern Siemens, AEG und BBC Preise für die Errichtung der Kernkraftwerke zu bezahlen, in denen durchaus auch Forschungs- und Entwicklungskosten enthalten waren. Die Gebietsmonopole erlaubten insofern eine Umlegung industrieller Entwicklungskosten auf die Stromkunden. Der Staat hat kommerzielle Kernkraftwerke nicht bezuschusst, er musste vielmehr die deutsche Steinkohle subventionieren, damit sie von der billigeren Kernenergie nicht stärker bedrängt wurde als unter strategischen³ Aspekten erwünscht.

Deutschland hätte wie etwa Belgien und andere kleinere Staaten ohne eigene Entwicklungsanstrengungen Kernkraftwerke haben können; vor allem die US-Konzerne GE und Westinghouse hätten gerne geliefert. Insofern sind die Anteile der deutsche Atomprogramme, die überhaupt der Kernenergie zuzurechnen sind und nicht der Kern- und Elementarteilchenphysik oder der Nuklearmedizin, nicht einmal als Technologieförderung subventionsrelevant, denn sie dienten dazu, dass sich deutsche Firmen und Arbeitnehmer die Technologie aneignen konnten, um nach kurzer Zeit von amerikanischen Lizenzen unabhängig und als Konkurrenten erfolgreich zu sein⁴. Der Kernenergiestrom ist durch diese Gelder nicht billiger geworden – höchstens dadurch, dass die deutschen KKW sich als die besten der Welt herausgestellt haben. Sie hatten die höchste Verfügbarkeit, was ihre Wirtschaftlichkeit erhöhte, aber auch ihr hohes Sicherheitsniveau belegte.

Natürlich waren Teile der Atomprogramme auch der Entwicklung einer deutschen nuklearen Sicherheitskultur gewidmet; eine nukleare Sicherheitsforschung von etwa 100 Mio. DM pro Jahr förderte die Kompetenz in For-

³ Bundeskanzler Helmut Schmidt war z.B. überzeugt, dass die Selbstversorgung mit Strom lebenswichtig sei; Kernenergie galt dabei als heimische Energiequelle, da Uran gut und billig lagerbar ist. Kohle-Import war in den 70er Jahren mangels Weltmarkt für Kraftwerkskohle praktisch nicht möglich. Gasimporten stimmte man nur begrenzt und mit Bedenken zu.

⁴ Hier ist zu erwähnen, dass die Bundesregierung die drei ersten deutschen kleineren Kernkraftwerke mit sog. Risiko-Beteiligungsverträgen unterstützt hat, d.h. mit einer staatlichen Garantie, sich bei technischem Misslingen finanziell zu beteiligen; von diesen Verträgen ist m.W. keiner fällig geworden, d.h. es ist kein Geld geflossen.

schungszentren, Industrie und Kontrolleinheiten der Behörden, der TÜVs und anderer Gutachter. Vieles, was in diesen Programmen erarbeitet wurde, hat die Kernenergie nicht billiger, sondern teurer, besser und insbesondere sicherer gemacht.

Ein Großteil der Staatsmittel für Kernenergieentwicklung diente den weiterführenden Technologien eines Schnellen Brüters und des Hochtemperatur-Reaktors; hierzu trugen die staatlichen Programme sicher mehr als 80% der Kosten bei, ohne dass diesen Entwicklungen Erfolg beschieden war – so wenig wie anderen Forschungsrichtungen der Reaktortechnik. Unter Subventionsspekten haben diese Projekte den EVU einige Kosten verursacht, also wohl eher zu einer Erhöhung der Stromkosten beigetragen als zu einer Subvention der Strompreise; man könnte boshaft sagen: der Staat hat die Unternehmen mit hohen Förderquoten zu Kosten verführt, die sie ohne die Atomprogramme gar nicht gehabt hätten.

Fasst man zusammen, dann ist festzustellen, dass Kernenergiestrom in Deutschland praktisch nicht subventioniert worden ist, schon gar nicht so wie heute die erneuerbaren Energien durch Einspeise- und Profitgarantie. Bezieht man allerdings die Vorgeschichte in den USA ein, so muss man die staatlich voll finanzierten Militärprogramme zur Entwicklung der erfolgreichen Leichtwasser-Reaktoren für U-Boote erwähnen. So entstammen die kommerziellen Reaktoren ebenso staatlichen Entwicklungsprogrammen, wie die photovoltaische Solartechnik ihren Anfang in staatlichen Weltraumprogrammen hatte.

Gerd Eisenbeiß, Bonn, 4. November 2010